

Infobrief Attac-Regionalgruppe Nienburg Nr. 28 – 2021/Juli

Liebe Attacies und Freund*innen

Heute neue aktuelle Infos zu Aktionen und Veranstaltungen und Aktionen – auch in **Nienburg**.

1. **Nienburg:**

Fahrrad-Demo Für Artenschutz - Für Verkehrswende - Gegen das Logistikzentrum

Wann: Samstag, 4. September, 11 Uhr

Treffpunkt: Festwiese

Route: Wird noch festgelegt

Unterschriftenaktion am Samstag 28.08.2021

Weitere Infos folgen zeitnah.

2. **Nienburg: Globaler Klimastreik am 24. September**

Attac unterstützt die geplante Klima-Demo von Fridays for Future und der BUND-Jugend.

Die Aktion ist losgelöst und unabhängig von der Demo gegen das Logistikzentrum.

Die Demonstration findet am 24.09 um 11 Uhr statt und startet im Meerbachbogen

3. **Tour de Verkehrswende | 21.8.-2.9. – Radfahren für den Umstieg**

Attac beteiligt sich an der „Tour de Verkehrswende“ von Paris nach Berlin. Ihr könnt an der gesamten Tour teilnehmen oder auch nur eine Etappe radeln.

In Paris geht es los. In Deutschland geht es dann über Essen, Bielefeld, Hannover und Magdeburg nach Berlin.

Infos auf: <https://changing-cities.org/kampagnen/tourdeverkehrswende/>

Alle Etappen:

- 22.8. Essen – Marl – Haltern am See (40 km)
- 23.8. Haltern am See – Dülmen – Sendenhorst (60 km)
- 24.8. Sendenhorst– Bielefeld (75 km)
- 25.8. Bielefeld – Hameln (50 km)
- 26.8. Hameln – Hannover (60 km)
- 28.8. Hannover – Braunschweig (70 km)
- 29.8. Braunschweig – Helmstedt (40 km)
- 30.8. Helmstedt – Magdeburg (50 km)
- 31.8. Magdeburg – Brandenburg an der Havel (85 km)
- 01.9. Brandenburg an der Havel – Werder – Potsdam (65 km)
- 02.9. Potsdam – Berlin (35 km)

<https://changing-cities.org/kampagnen/tourdeverkehrswende/>

Meldet Euch bei wolf.raul@attac.de oder stephan.kettner@attac.de, wenn Ihr teilnehmen wollt.

4. **EU-Kommission will Handelsabkommen zwischen der EU und Mexiko aufteilen Weiterer Schritt zu intransparentem und undemokratischem Handel**

Gemeinsame Pressemitteilung - Berlin, Frankfurt/M., Amsterdam, 30. Juni 2021

Eine Information, die den unterzeichnenden Organisationen zugespielt wurde, zeigt einmal mehr, wie undemokratisch die EU-Handelspolitik sein kann. Die EU-Kommission schlägt vor, das Globalabkommen zwischen der EU und Mexiko in drei Teile aufzuspalten: einen Teil zu politischer Zusammenarbeit, ein Investitionsabkommen und ein Handelsabkommen. Die Aufteilung des Abkommens wird eine schnellere Ratifizierung bei weniger demokratischer Teilhabe ermöglichen: Zur Ratifizierung des Handelsabkommens ist die Zustimmung der Parlamente der Mitgliedsstaaten dann nicht mehr notwendig.

Während das Handelsabkommen ausschließlich durch den EU-Rat und das Europäische Parlament ratifiziert werden würde (EU-only), würden die Parlamente der Mitgliedsstaaten nur noch gefragt, wenn es um die Ratifizierung der anderen beiden Teile geht. Vor allem der Handelsteil wird jedoch kritisiert wegen seiner negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen und der negativen wirtschaftlichen Folgen wie steigender Ungleichheit. Durch die Umgehung der Parlamente der Mitgliedstaaten geht die EU einen weiteren Schritt in Richtung intransparenter, undemokratischer Entscheidungsfindung in einem höchst umstrittenen Politikfeld.

Internen Quellen sagen, der Kommission zufolge sei dies ein Ergebnis der formal juristischen Prüfung des Abkommens. Das Abkommen, das seit 2000 in Kraft ist, hat seit 2016 eine Phase der Nachverhandlung durchlaufen, die im April 2020 inmitten der Pandemie abgeschlossen wurde. Auch deutete die Kommission an, der Aufspaltungs-Vorschlag stehe im Einklang mit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zum Singapur-Abkommen aus dem Jahr 2017.

Die mexikanische Regierung steht der Idee, das Abkommen aufzuspalten, bisher kritisch gegenüber. Vermutlich befürchtet sie, dass sich die anderen beiden Teile verzögern könnten, insbesondere der Teil zur politischen Zusammenarbeit. Dieses neue Manöver der Kommission zeigt unabhängig davon eine zunehmende Tendenz der EU, die Parlamente der Mitgliedsstaaten an der Mitsprache zur Handelspolitik zu hindern. Wahrscheinlicher wird damit auch, dass mit dem EU-Mercosur-Abkommen, das sich derzeit in der formaljuristischen Prüfung befindet, auf ähnliche Art und Weise verfahren wird.

Jeremy Oestreich, Referent für Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift, sagt dazu:

"Immer mehr Menschen sehen heute die negativen Folgen von ungebremster Handelsliberalisierung. Geplante Handelsabkommen zwischen der EU und Mexiko oder dem Mercosur-Raum werden gerade deshalb kritisiert, weil sie unseren Klimazielen sowie vielen anderen Nachhaltigkeitszielen völlig zuwiderlaufen. Trotz dieser zunehmenden Kritik schließt die EU demokratische Institutionen vom Entscheidungsfindungsprozess aus, um weiter auf ihre alte Agenda setzen zu können."

Mónica Vargas, Researcher und Global Campaigner beim Transnational Institute, ergänzt:

"Die Auswirkungen von Freihandels- und Investitionsschutzabkommen haben in Mexiko bereits zu verheerenden Folgen geführt, wie das ‚Internationale Forschungsprojekt zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen von transnationalen Konzernen und Freihandel‘ im Jahr 2019 festgestellt hat. Das modernisierte EU-Mexiko-Abkommen ist auch deshalb besorgniserregend, weil es das erste zwischen der EU und einem lateinamerikanischen Land unterzeichnete Abkommen wäre, das ein Kapitel zum Investitionsschutz enthält. Dies bedeutet, dass transnationalen Konzernen das exklusive Recht eingeräumt wird, die demokratischen Entscheidungen von Staaten anzufechten, zum Beispiel durch die Anfechtung von Gesetzen von öffentlichem Interesse".

Roland Süß, Handelsexperte von Attac Deutschland, kritisiert:

*„Es ist ein völlig falsches Zeichen, den Handelsteil des Abkommens zwischen der EU und Mexiko abzuspalten, um damit die Zustimmung der Parlamente der Mitgliedstaaten zu umgehen. Im Rahmen des europäischen Green Deals macht die EU große Versprechungen zu Klima- und Umweltschutz, gleichzeitig betreibt sie weiterhin eine Handelspolitik aus dem letzten Jahrhundert. Die Liberalisierung und Deregulierung des Handels würde weiter vorangetrieben. Wir fordern eine Handelspolitik, die Menschenrechten, den Belangen von Arbeitnehmer*innen, der Umwelt und dem Klima Vorrang vor Interessen von Konzernen und Investoren einräumt.“*

Jeremy Oestreich - PowerShift e.V. / Mónica Vargas - Transnational Institute /

Roland Süß - Attac Deutschland / Berit Thomsen - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Weitere Hintergründe:

Vor 27 Jahren unterzeichnete Mexiko das Nordamerikanische Freihandelsabkommen, das aggressivste Handelsabkommen der Welt, mit Kanada und den Vereinigten Staaten. Im Jahr 2000 unterzeichnete es ein ganz ähnliches Abkommen mit der EU, das zwischen 2016 und 2020 noch einmal "modernisiert" wurde. Seit Jahren prangern mexikanische und internationale soziale Bewegungen die Folgen der Handelsliberalisierung an, insbesondere die dramatischen Folgen für Menschenrechte und Umwelt.

Die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen des Handelsabkommens zwischen der EU und Mexiko sind für Mexiko eher zu vernachlässigen. Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit zwischen 2000 und 2018 von 2,8 auf 3,6 Prozent gestiegen, und der Lebensstandard hat sich nicht verbessert. Auch die Nachhaltigkeitsbewertung der EU aus dem Jahr 2019 rechnet für das modernisierte Abkommen bis 2028 im besten Szenario nur mit 90.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen für Mexiko (0,16 Prozent), während Arbeitsplätze, die verloren gehen könnten, nicht einmal berücksichtigt werden.

Die Modernisierung des Abkommens sieht eine Öffnung der mexikanischen Agrarmärkte für europäische Produkte wie Fleisch, Milch und Zucker vor. Die Zuckerexporte aus der EU werden schätzungsweise um 1200 Prozent steigen, obwohl Mexiko einer der führenden Zuckerproduzenten der Welt ist. Auf der anderen Seite wird Europa seine Märkte für

Hähnchen und Geflügel aus Mexiko öffnen. Beide Seiten haben sich darauf geeinigt, Kontrollen zu reduzieren, um den Handel zu erleichtern.

Die Modernisierung sieht auch einen erleichterten Rohstoffabbau in Mexiko sowie geringere Beschränkungen für Gas- und Ölimporte in die EU vor. Insgesamt würde das Abkommen wirtschaftliche Aktivitäten, die auf Umweltzerstörung beruhen und eine hohe Klimabelastung mit sich bringen, profitabler machen.

Während die Macht der Investoren durch den exklusiven Zugang zu einem privaten Rechtssystem (dem Investitionsgerichtssystem - ICS) gestärkt werden soll, würden europäische Investoren auch Zugang zu Aufträgen des öffentlichen Beschaffungswesens von Mexiko bekommen.

Wie PowerShift, das Transnational Institute, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Attac lehnt eine wachsende Zahl von NGOs sowohl in Europa als auch in Mexiko die Ratifizierung des Abkommens ab.

5. **Pressemitteilung: Wer zahlt?**

Krisenkosten gerecht verteilen: Attac startet Kampagne für Vermögenssteuer

Mit einer Aktion vor der Frankfurter Börse hat Attac eine Kampagne für die angemessene Besteuerung von Reichtum gestartet. Unter dem Motto „Wer zahlt? Mit der Vermögenssteuer aus der Krise!“ fordert das globalisierungskritische Netzwerk die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe, um die Belastungen durch die Pandemie auszugleichen.

„Corona zeigt wieder einmal, dass einschneidende Krisen nur ein leistungsfähiger Staat bewältigen kann. Dessen dringlichste Aufgabe ist es zurzeit, die Folgen der Pandemie zu überwinden und zugleich den notwendigen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft tatkräftig anzugehen“, sagt Alfred Eibl, Steuerspezialist bei Attac. „Doch wie in der großen Finanzkrise 2007 bis 2009 besteht auch diesmal die Gefahr, dass die Krisenkosten vor allem den unteren und mittleren Einkommensbezieher*innen aufgehalst werden, während die Reichen dank staatlicher Hilfen noch reicher werden.“

So zeigt sich auch in der Coronakrise, dass Staatsgeld in großem Umfang eingesetzt wird, um Vermögen zu sichern. Aktuelle Vermögensberichte wie CapGemini oder Credit Suisse belegen, dass die Anzahl der Millionär*innen und Milliardär*innen steigt. Zudem werden Reiche bei Steuerzahlungen privilegiert. So wurden im Jahr 2019 Schenkungen von mehr als 20 Millionen Euro laut Statistischem Bundesamt im Durchschnitt nur mit einem Steuersatz von 0,9 Prozent belastet, während die offiziellen Steuersätze zwischen 23 und 50 Prozent liegen. Vermögen im Wert von hunderten Millionen Euro können nahezu steuerfrei verschenkt werden. Bekanntester Fall: das Aktienpaket, das Friede Springer 2020 Konzern-Vorstand Mathias Döpfner schenkte.

Alfred Eibl: „Diese Situation ist untragbar. Die einseitige Belastung der unteren und mittleren Einkommensgruppen und die Entlastung der großen Vermögensbesitzer*innen führt zur weiteren Spaltung der Gesellschaft und ist mit einer gerechten Steuerbelastung und dem verfassungsrechtlichen Sozialstaatsgebot nicht vereinbar. Große Vermögen, sehr hohe Einkommen, Erbschaften und Schenkungen müssen endlich angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden.“

Attac fordert im Einzelnen:

- Eine Vermögensbesteuerung, die eine weitere Konzentration von Vermögen in immer weniger Händen verhindert. Notwendig dafür sind progressive Steuersätze, da Vermögen umso schneller wachsen, je größer sie sind. Die Vermögenssteuer soll dabei erst bei einem Vermögen von mehr als einer Million Euro beginnen.
- Eine Erbschafts- und Schenkungssteuer, die auch bei Erb*innen großer Vermögen einschließlich Betriebsvermögen angewandt wird und einen angemessenen Beitrag zur Staatsfinanzierung leistet. Bislang privilegiert das Gesetz die Weitergabe großer Unternehmensanteile. Es geht aber nicht um die Besteuerung der Unternehmen, sondern um die Besteuerung der Empfänger der Anteile. Mit dem von Attac vorgeschlagenen Freibetrag von zwei Millionen Euro für die empfangenden Personen bleiben viele personengeführte Klein- und Mittelbetriebe zudem von spürbaren Belastungen befreit.

Link zur Startseite der Kampagne:

<https://www.attac.de/kampagnen/wer-zahlt/startseite-wer-zahlt>

6. **Attac-Intern – Dokumentation „Überschreitung des Selbstverständnisses“**

Hier ein Hinweis zu einer Dokumentation über zurückliegende Fälle, in denen viele Attacies das Selbstverständnis von Attac überschritten sehen und über die in den vergangenen Monaten viel diskutiert wurde – auf dem Ratschlag und den Listen. Die Doku soll die von vielen lokal Aktiven berechtigterweise eingeforderte Transparenz herstellen und es ermöglichen, dass Ihr Euch selbst ein Bild machen könnt. Ihr findet sie zusammen mit einer Diskussion zum Thema auf der neuen Attac-Diskussionsplattform:

<https://diskussion.attac.de/t/dokumentation-ueber-zurueckliegende-faelle-der-ueberschreitung-des-selbstverstaendnisses-von-attac/325>

7. **Attac-Frauenplenum – Jeden dritten Freitag im Monat, 18 Uhr**

Das Attac-Frauen*plenum hat inzwischen einen regelmäßigen Termin – am jeweils dritten Freitag jeden Monats um 18 Uhr, zu dem Ihr herzlich eingeladen seid.

Das Plenum versteht sich als eine offene Struktur von Frauen* in Attac, die sich untereinander austauschen und beraten, gemeinsame Aktivitäten planen und durchführen, Themen, die in Attac diskutiert werden, aus einer feministischen Sicht reflektieren und sich mit

anderen Teilen der Frauen*bewegung vernetzen wollen.

Interessierte schreiben bitte eine kurze Mail an frauenstreik-attac@listen.attac.de.

8. Aktionstag „Wer hat, der gibt!“ am 21.8.: Verteilungsgerechtigkeit jetzt

Das Bündnis „Wer hat, der gibt!“ ruft am 21. August zum Aktionstag für Verteilungsgerechtigkeit auf. Die Attac-Kampagne „Wer zahlt?“ ist mit dabei und bereitet aktuell einen Flyer in Geldscheinoptik und eine passende Aktionsidee für Euch vor.

* Aktionstag: <https://werhatdergibt.org/aktionstag2021/>

* Attac-Kampagne/Aktionen: <https://www.attac.de/kampagnen/wer-zahlt/aktionen>

9. Termine, Termine, Termine

- 21.08. Aktionstag „Wer hat, der zahlt!“
- 21.08. - 02.09. Paris bis Berlin. Tour de Verkehrswende
- 21. 08. Aktionstag für Verteilungsgerechtigkeit, die Attac-Kampagne „Wer zahlt?“ ist mit dabei
- 28.08. Unterschriftenaktion in **Nienburg** für Artenschutz – für Verkehrswende – gegen das Logistikzentrum
- 30.08. Attac **Nienburg** Kammerkino
- 04.09: Fahrraddemo in **Nienburg** für Artenschutz – für Verkehrswende - gegen das Logistikzentrum
- 24.09. Klima-Demo von fridays for future und der BUND-Jugend in **Nienburg**
- 05.09. Büchel: Menschenkette gegen Atomwaffen
- 09.-12.09. München: IAA-Protteste
- 04.09. Attac **Nienburg** KoKreis-Treffen – wie immer öffentlich!

.....

Mit herzlichen Grüßen und wie immer besten Wünschen für unser aller Gesundheit

Marlis Rempe - Mailing-/Adressverantwortliche

Tel: 05021-64331

Web: www.attac-netzwerk.de/Nienburg

Web: www.netzwerk-nienburg.de